SZ 3.5.05

Union klagt: BND-Umzug ist Geldverschwendung

Gauweiler und Co. wollen Nachrichtendienst in Pullach belassen – auch Grünen-Politiker sind unter den Kritikern

Von Berthold Neff

Heller Wahnsinn, aberwitzige Geldverschwendung, töricht bis zur Unerträglichkeit: Mit diesen Worten haben gestern führende Politiker der Union den Umzug des Bundesnachrichtendienstes (BND) von Pullach nach Berlin kritisiert. Der Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, dessen Wahlkreis im Münchner Süden an das Pullacher BND-Areal angrenzt, führte zusammen mit Wolfgang Bosbach, dem stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden, vor allem finanzielle Argumente gegen den von der Bundesregierung beschlossenen Umzug ins Feld.

Bereits jetzt, so die beiden Politiker, beziffere der Bundesrechnungshof die reinen Umzugskosten auf 1,5 Milliarden Euro, während die erhofften Erlöse aus dem Verkauf des Areals in Pullach mit 150 Millionen Euro weitaus niedriger seien als angenommen. Da ursprünglich versprochen worden sei, der Umzug lasse sich weitgehend durch die Verwertung der frei werdenden Grundstücke finanzieren, sei „nun die Geschäftsgrundlage entfallen, dass uns der Umzug nichts kostet". Weil man „die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat, sollte Rot-Grün das Ganze jetzt sofort abblasen", forderte Gauweiler.

Wolfgang Bosbach, der als Sicherheitsexperte seiner Fraktion der parlamentarische Gegenspieler von Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) ist, sprach nicht nur von einer „aberwitzigen Geldverschwendung", sondern auch von der „Gefahr, dass die Sicherheit leidet". Statt das Geld in den Ausbau des Dienstes zu investieren, „damit die Kompetenz nicht auf der Strecke bleibt", beschäftigte sich der BND nun über Jahre hinweg mit einem Umzug, „der fachlich nicht geboten ist". Die Zusammenarbeit des BND mit der Regierung habe bereits bestens funktioniert, als Bonn noch Regierungssitz war und die modernen Kommunikationsmittel noch in den Kinderschuhen steckten. Heute sei die „körperliche Präsenz am Regierungssitz" noch viel weniger nötig als damals. Bosbach sagte, er befürchte einen Substanzverlust des BND, wenn zum Beispiel fähige Mitarbeiter kündigten, weil sie den Umzug aus Rücksicht auf ihre Familie nicht mitmachen wollten. Im Übrigen, so Bosbach, sei der BND heute in Berlin viel besser vertreten als einst in Bonn, da bereits 1400 Mitarbeiter in der Hauptstadt arbeiteten. Die Union verlange keineswegs, diesen Teilumzug rückgängig zu machen.

Symbolträchtiges Tor: Der Bundesadler gleicht dem Pleitegeier Foto: ddp

Der CSU-Bundestagsabgeordnete für den Münchner Landkreis, Georg Fahrenschon, bezifferte allein die Abbruchkosten für das Pullacher Areal auf 12,8 Millionen Euro. Ebenso wie seine beiden Kollegen kritisierte er, dass der Umzugsbeschluss ohne Kosten-Nutzen-Analyse gefallen und die parlamentarische Kontrolle weitgehend ausgeschaltet sei. Bisher konnte die Union das Projekt lediglich im Haushaltsausschuss ablehnen.

Allerdings mehren sich auch bei den Grünen die Stimmen derjenigen, die den Umzug kritisieren. Jerzy Montag, der den Stimmkreis München-Süd im Bundestag vertritt, sagte bereits Ende März: „Wenn das weit über eine Milliarde kostet, dann halte ich das derzeit nicht für angebracht".